

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

Article — Digitized Version

Demokratie und Streik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1949) : Demokratie und Streik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 29, Iss. 2, pp. 6-7

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/130869>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Es wäre sinnwidrig, wollte die Reichsbahn erst dann wieder ihre großen Aufträge an zahllose Industrien erteilen, wenn die Konjunktur eingesetzt hat, weil dadurch eine Zusammenballung von Aufträgen zu Lieferschwierigkeiten und ungesunden Kapazitätsausweitungen führt.

Nachdem inzwischen entschieden wurde, daß die Reichsbahn

eine Anleihe auflegen darf, kann durch die zu erwartende Auftragserteilung eine belebende Wirkung auf die Wirtschaft ausgehen. Die Reichsbahn wird dadurch, daß sie ihren Güterwagencpark verjüngt und ihre Personenwagen den Erfordernissen eines modernen Verkehrs anpaßt, lediglich ihren Pflichten der deutschen Wirtschaft gegenüber nachkommen. (Ph.)

Akkreditiv oder Dokumentenzahlung?

Die Hauptschwierigkeiten für die Wiederherstellung normaler Zahlungsbedingungen im Außenhandel ergeben sich aus den hemmenden bürokratischen Verfahrensregeln und aus dem immer noch vorhandenen, vielfach durchaus verständlichen Mangel an wechselseitigem Vertrauen der Partner. Hierbei ist die Finanzierung der Exporte und Importe aufs engste in ihren Entwicklungsmöglichkeiten verbunden. Grundsätzlich erstrebenswert erscheint die Wiederherstellung möglichst günstiger Akkreditivbedingungen. Voraussetzung hierfür ist das wechselseitige Vertrauen und die technische Möglichkeit fristgerechter Bereitstellung der benötigten Devisen durch den Bankenapparat.

Die Erstellung von Akkreditiven für deutsche Importe hat sich

bisher in erster Linie dadurch verzögert, daß die Devisenposition der Bank deutscher Länder vielfach zu schwach gewesen ist. Durch die Verzögerung der Akkreditivöffnung hat sich die Einfuhr von Waren vielfach so verzögert, daß in Anbetracht der internationalen Marktveränderungen viele Geschäfte uninteressant geworden sind. In Außenhandelskreisen wurden die Verzögerungen darauf zurückgeführt, daß die großzügige Erteilung von Importlizenzen nicht immer mit dem Volumen der vorhandenen Devisenbestände in Übereinstimmung gewesen ist. Innerhalb des vorhandenen Devisenvolumens dürfte auch der Mangel an Dollarbeständen eine Rolle gespielt haben.

In dieser Hinsicht bedeutet es eine große Erleichterung und eine Verbesserung der deutschen De-

visenposition, daß nunmehr die ausländischen Banken ihre deutschen Korrespondenten mit der Eröffnung von Akkreditiven derart beauftragen können, daß die Devisenzahlung aus dem Akkreditiv sofort nach Einreichung der vorgeschriebenen Dokumente bei der deutschen Außenhandelsbank fällig wird. Auf diese Weise erhält nicht nur der deutsche Exporteur schneller die Auszahlung des D-Mark-Gegenwerts seines Exporterlöses, sondern es verbessert sich auch durch die Beschleunigung des Einzugs der Akkreditivdokumente die devisenmäßige Situation der Bank deutscher Länder. Die Bank ist hierdurch in die Lage versetzt, benötigte Importdevisen fristgerecht bereitzustellen und ihre Zusagen zur Erfüllung deutscher Zahlungsverpflichtungen aus Importen prompt einzulösen. Damit kann sich auch im Importgeschäft die Zahlungsmethode von der Dokumentenzahlung zum Akkreditiv hin verschieben, was nicht nur von der Beurteilung des Kredits abhängt, den die deutsche Importfirma bei ihrer Geschäftsverbindung im Ausland genießt, sondern auch von der grundsätzlichen Beurteilung der Devisenposition der Bank deutscher Länder im Ausland. (Rl.)

Nachrufe zur Jedermann-Aktion

Jedermann-Ware ist nicht mehr gefragt. Beträchtliche Bestände bei Handel und Industrie suchen vergeblich ihre Käufer. Der Handel bittet seit einiger Zeit die Industrie, Jedermann-Erzeugnisse nicht mehr mit dem „Jedermann“-Gütezeichen kenntlich zu machen.

Wenn es derart still um die Jedermann-Aktion geworden ist, so fragt es sich doch, ob sie ihr eigentliches Ziel, den kaufkraftschwachen Schichten die Befriedigung der lebensnotwendigen Bedürfnisse zu ermöglichen, tatsächlich erreicht hat. Eine Konsumenten-Umfrage des EMLID-Instituts für Marktforschung gibt hierüber einen interessanten Aufschluß. Danach haben 31% der

Befragten Jedermann-Waren gekauft (im wesentlichen zu gleichen Teilen Schuhe und Spinnstoffwaren), 52,24% von ihnen bezeichnen die Jedermann-Waren als „gut“ und 39,7% als „leidlich“. Am aufschlußreichsten ist aber die Feststellung, daß 55% der Befragten künftig noch Jedermann-Waren kaufen würden, wenn ihre Mittel ihnen dies überhaupt gestatteten.

Diese Umfrage offenbart einmal mehr die entscheidende Schwäche des westdeutschen Wirtschaftskörpers, daß nämlich 1,2 Mill. Arbeitslose und 9 Mill. Flüchtlinge, Rentner, nicht voll Eingesetzte usw. mehr oder weniger außerhalb des Wirtschafts-

kreislaufes stehen. Diese sind es aber, die bisher überhaupt nicht oder nur sehr beschränkt als Interessenten für die Jedermann-Waren zum Zuge gekommen sind. Sie sind die latenten Anwärter auf ein Jedermann-Programm — allerdings nicht auf ein im Zeichen der Preishausse festgelegtes und im Ergebnis nur den kaufkräftigeren Schichten zugute gekommenes Programm, sondern auf ein ihrer äußerst beschränkten Kaufkraft auch tatsächlich angepaßtes „soziales Sortiment“.

Anläßlich der Ende Mai in New York abgehaltenen Herbst-Schuhmesse wurde erklärt, daß die Umsatzhöhe am amerikanischen Schuhmarkt nur dann gehalten

werden könne, wenn die Industrie sich auf die niedrigsten Preisklassen konzentrierte und die Produktion noch stärker rationalisierte. Wenn in den reichen USA eine derartige Forderung aufgestellt wird, sollte sich in unserem verarmten Lande endlich die Erkenntnis durchsetzen, daß Luxus und üppige Vielgestaltigkeit nicht die Grundlage eines gesunden Wirtschaftsaufschwunges sein können. Erst wenn es gelingt, durch rationellste Fertigung standardi-

sierter Massengüter zu wesentlich gesenkten Preisen auch wirklich „jedermann“ in die Versorgung einzuschalten, kann in Westdeutschland von einer „sozialen“ Marktwirtschaft gesprochen werden.

Die „unechte“ Jedermann-Aktion ist im Aussterben, weil sie auf unfruchtbarem Boden vegetieren mußte. Eine echte Jedermann-Aktion wäre durch den ungedeckten Massenbedarf weitester Volksschichten gesichert. (Sö)

Bedürfnisse blieben unbefriedigt . . .

Eigentlich war der Gedanke der Jedermann-Aktion, die weite Bevölkerungskreise mit lebensnotwendigen Gebrauchsgütern versorgen sollte, ganz gut. Das war aber auch das einzige Gute an ihr. Der Start war schlecht, die Wirkung verfehlt, und das Ende ist unrühmlich. Woran lag es? Am Namen vielleicht? Er war psychologisch nicht gut gewählt. Niemand will mit Jedermann etwas zu tun haben. Jeder Mann ist besser als Jedermann — zumal in Deutschland. Aber das war nicht das Ausschlaggebende. Preise, die über 500% über dem liegen, was sich jedermann leisten kann, werden dadurch nicht schmackhafter, wenn sie um 15% gesenkt werden. Wer diese 485%igen Überpreise aufbringen kann, legt auch noch 15% zu, um Luxusware zu haben. Auf diese Weise wurden die Bedürfnisse, die bisher nicht zum Markt hatten vordringen können, nicht zum kaufkräftigen Bedarf erhoben. Die Bedürfnisse sind unbefriedigt geblieben wie vorher, und es ist ein gefährlicher Fehlschluß, wenn man daraus, daß die Jedermann-Ware nicht mehr abgesetzt werden konnte, ableiten will, daß kein Bedarf an billigen Gebrauchsgütern mehr vorhanden sei und daß man sich auf Luxusproduktion umstellen müsse. Die Jedermann-Aktion hätte nur dann zu einem Erfolge gelangen können, wenn die Herstellungskosten durch eine zweckmäßige Standardisierung auf ein Minimum herabgesetzt worden wären und sie mit einer großzügigen Subventionierung hätte verbunden wer-

den können. Standardisierung muß nicht Uniformierung bedeuten. Der große aufgestaute Bedarf hätte sie bestimmt gerechtfertigt.

Wir brauchen dieser verfehlten Aktion nicht nachzuweinen. Bedauerlich ist nur, daß durch das Fehlschlagen dieser Aktion eine so dringend erforderliche sozial zielsichere Politik der Versorgung mit verbilligten lebensnotwendigen Gebrauchsartikeln auf lange Zeit hin diskreditiert worden ist. (h.)

Es hatte zu lange gedauert

Die Jedermann-Aktion liegt im Sterben. Die Öffentlichkeit nimmt kaum Notiz davon. Offenbar werden ihr wenig ehrende Nachrufe gehalten werden. Wenn man es recht nimmt, hat die Jedermann-Aktion eigentlich gar nicht richtig gelebt. Als ihre Waren in namhafter Anzahl in den Läden erschienen, war die Preissenkung, die sie bewirken sollte, auf andere Weise schon eingetreten. Sie lief zu spät an. Vielleicht hat die Aussicht auf eine Überflutung des Marktes mit den wohlfeilen Jedermann-Waren dabei geholfen, auf die Preise einen Druck aus-

zuüben. Aber wer will unter den verschiedenen Einflüssen auf das Preisgefüge den dieser Aktion abschätzen. Mit mehr Gewißheit ist zu sagen, daß die Aussicht für die breiten Käufermassen, nun auch endlich einmal zu erschwinglichen Preisen die so dringend nötigen Textilien kaufen zu können, einen wohlthuenden psychologischen Einfluß gehabt hat. Das Leben schien nicht mehr so aussichtslos, und als die ersten Jedermann-Waren in den Schaufenstern erschienen, zog das Tausende auf die Straße zu einer Wallfahrt vor den Schaufenstern.

Aber es hatte zu lange gedauert, ehe die Waren in größeren Mengen in den Läden zum Verkauf auslagen. Als sie nach monatelanger Ankündigung endlich erschienen, zuerst in einzelnen Städten des Ruhrgebiets, dann in Abständen auch im östlicheren Teil Westdeutschlands, waren es immer nur wenige Verkaufsstätten, die beliefert wurden. Vor ihnen sammelten sich schon in den frühesten Morgenstunden lange Schlangen. Aber die, die da anstanden, konnten nicht alle versorgt werden. Das schuf Enttäuschung. *Die Jedermann-Waren reichten nicht aus, um den ungeheuer angestauten Bedarf zu decken.* Und dann wurde die Aktion binnen kurzem von dem schnell wachsenden Strom der billiger werdenden normalen Verkaufsware überrollt, die mit besserer Qualität und gefälligeren Mustern und Formen warb. Als infolge des allgemeinen Geldmangels und unter dem Eindruck, daß die Preise noch weiter sinken würden, die Käufer sich zurückhielten, saß der Handel bald auf großen Beständen von Jedermann-Waren. (St.)

Streik als Mittel des Sozialkampfes

Wer die absolute demokratische Beauftragung der Sozialpartner zur Lösung der sozialen Probleme in selbstverantwortlicher Freiheit bejaht und letztlich unter bewußter Ausschaltung des staatlichen Zwangsschlichters alles vom Auspendeln der gegenseitigen Interessen erhofft, muß als ultima ratio der Tarifpolitik auch den

Streik der Arbeitnehmerseite anerkennen.

Dem wirtschaftlichen Streik um die Verbesserung der sozialen Bedingungen der arbeitenden Schichten (Lohnkampf) kommt in der gegenwärtigen Wirtschaftssituation erhöhte Bedeutung zu. Doch erkannte man von jeher auch Streiks ohne wirtschaftliches

Kampfziel als Arbeitskämpfe an, so politische Streiks zur Verfolgung politischer Zwecke und Demonstrationstreiks, die sich in der Bekundung des Kampfwillens und der damit ausgedrückten wirtschaftlichen Bedrohung erschöpfen. Das wird gegenüber Streikfällen aus letzter Zeit verkannt, wenn man darauf verweist, daß der unmittelbare Kampfgegner oft gar nicht zur Bewilligung des Kampfzieles imstande gewesen sei (Bewirtschaftung, Preissenkung). *Auch solche Streiks sind Arbeitskämpfe, da für die begriffliche Subsumtion nicht das arbeitsrechtliche Ziel maßgebend ist, sondern allein die Tatsache, daß der Streik als Kampfmittel von einer Partei des Arbeitslebens gegen den sozialen Gegenspieler angewandt wird.*

Der Streik verfolgt seine Ziele über eine gewisse Betriebslähmung und Störung des Wirtschaftsablaufs, um durch den damit verursachten Wirtschaftsschaden den Gegner im Sinne des Kampfzieles gefügig zu machen. Gleichwohl wird der Streik von der Rechtsordnung als zulässiges Mittel im wirtschaftlichen Interessenstreit anerkannt, da eine solche Kampffreiheit, die in der Kampfführung nicht die Rechtsordnung verletzt, demokratischen Vorstellungen von der Handlungsfreiheit des einzelnen entspricht. Das gilt auch, obwohl das Bonner Grundgesetz — im Gegensatz übrigens zu der Mehrzahl der Länderverfassungen — ein „Streikrecht“ bewußt nicht gewährleistet hat.

Gefahr diktatorischen Mißbrauchs

Es ist dabei nicht zu verkennen, daß Streiks, besonders wenn sie ein größeres Ausmaß annehmen, das Wirtschafts- und Sozialgefüge und damit das öffentliche Leben mehr oder minder stark beeinträchtigen können. Sie können damit der kämpfenden Organisation ein potentiell Übergewicht geben, das die Frage nahelegt, *ob nicht eine solche Streikfreiheit innerhalb einer demokratisch fundierten Wirtschaftsverfassung zu einer diktatorischen Machtposition führen kann, die mit dem Anschein der „Legalität“ im Wirt-*

schafts- und Sozialleben, vielleicht gar im politischen Bereich für die Demokratie selbst zu einer Gefahr werden kann. Wir erleben eine solche Entwicklung z. Z. in Italien, wo eine einseitig politisch beherrschte Gewerkschaftsbewegung eine Art Gegenregierung bildet; allein im letzten Jahre haben die Kommunisten in Italien über 1100 wirtschaftlich getarnte Streiks mit dem Ziele durchgeführt, die Erfolge des Marshall-Planes zu inhibieren.

In Deutschland ist eine gleiche Entwicklung schwerlich zu befürchten. Sie setzt das Zusammentreffen verschiedener Komponenten voraus, die z. Z. nicht gegeben sind:

1. Grundsätzlich darf nicht verkannt werden, daß die gleichberechtigte funktionelle Beauftragung selbstverantwortlicher Sozialpartner eines demokratischen Staatsorganismus zu einem Kräfteausgleich zu führen pflegt, der in sich eine gesunde Paralyse der gegensätzlichen Interessen bewirkt.

2. Das Kampfpotential der Unternehmerseite wird zudem nicht unwesentlich durch die gegenwärtige Wirtschaftsdepression gesteigert, die zu einer bedenklich hohen Arbeitslosenziffer in Westdeutschland geführt hat. Solche Zeiten pflegen kampfwesen Demonstrationen der Arbeitnehmerseite wenig günstig zu sein.

3. Die angedeuteten Gefahren könnten allenfalls begründet sein, wenn die neue Gewerkschaftsbewegung in ein einseitig politisches Fahrwasser geriete und sich in Verkennung ihrer demokratisch-sozialen Funktion zu diktatorischen Ambitionen mißbrauchen

ließe. Hierfür sind nicht die geringsten Anzeichen gegeben; im Gegenteil sind sich die führenden Gewerkschaftler ihrer öffentlichen Verantwortung als demokratische Faktoren der Staatspolitik vollauf bewußt. Und man darf es kaum Fehlstreik und Diktatur nennen, wenn Gewerkschaftsführer kurzfristige Protest- und Demonstrationstreiks als Ventil benutzen, um eine aus der Preis-Lohn-Relation vielleicht gefährlich angestaute Erregung abzulassen.

4. So bleibt für die angedeutete gefährliche Möglichkeit nur der Fall übrig, daß der Streik als legales demokratisches Mittel benutzt werden soll, die verfassungsmäßig ausgeübte Staatsgewalt entgegen den Prinzipien der Demokratie zu nötigen. Die praktischen Grenzen sind hier aber flüchtig, da, wie der Berliner Eisenbahnerstreik beweist, ein politischer Streik, zu dem dieser heute weitgehend geworden ist, auch zur Wahrung demokratischer Grundrechte geführt werden kann. Wo aber ein politischer Streik, auch bei wirtschaftlicher Tarnung, die demokratische Ordnung gefährdet, verfällt er der öffentlichen Ächtung und genießt nicht mehr den Schutz der Rechtsordnung. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung als positives Element der Staatspolitik gibt zu solchem Argwohn nicht den geringsten Anlaß: ihre Verständigungsbereitschaft in Lohnstreiks der letzten Zeit (Bayerische Metallindustrie) ließ ihr maßvolles Verantwortungsbewußtsein klar erkennen. Daß die Streikwaffe nicht zu einem destruktiven Kampfmittel gegen die demokratische Ordnung und ihre Repräsentation werde: Videant consules...! (Bu.)

Demokratie und Streik

Der Streik ist eine logische Konsequenz der Koalitionsfreiheit. So wie die Koalitionsfreiheit dazu dient, den Unterschied in der wirtschaftlichen Machtposition zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer auszugleichen, so ist der Streik das Mittel, um diese Machtstellung wirksam werden zu lassen. Aus dieser Ableitung ergibt

sich aber bereits, daß der Streik ein internes Mittel im Kampf um die Arbeitsbedingungen ist. Er soll das stärkste und letzte Mittel sein, um die Gegenpartei im Arbeitsvertragsverhältnis, die für ihre eigenen Interessen kämpft, unter Druck zu setzen und sie zur Aufgabe ihres einseitigen Interessenstandpunktes zu zwin-

gen. Im Sinne des Arbeitsvertragsverhältnisses kann der Streik als Mittel sowohl zur Durchsetzung sozialpolitischer Forderungen als auch des Lohnkampfes angewendet werden. *Im Lohnkampf hat der Einsatz eines so starken Mittels allerdings auch nur dann Sinn, wenn dadurch eine echte Reallohnsteigerung erzielt werden kann, und diese setzt eine Erhöhung der Produktivität voraus. Die moralische Rechtfertigung des Streikes liegt darin, daß ein Vertragspartner die Erfüllung eines Vertrages verweigern kann, wenn die Voraussetzungen, unter denen der Vertrag geschlossen worden ist, sich verändert haben.*

Ganz anders ist jedoch der Streik zu beurteilen, wenn er als ein Mittel zur Durchsetzung von wirtschaftspolitischen oder politischen Forderungen benutzt wird, deren Erfüllung nicht in der Macht des Vertragspartners steht. Jeder Streik fügt nicht nur dem Vertragspartner im Arbeitsvertrag, sondern der ganzen Volkswirtschaft einen Schaden zu, der bei Ausdehnung des Streiks die wirtschaftlichen Grundlagen erschüttern kann. Die organisierten Arbeitnehmer, die einen Streik auslösen können, bilden aber nur einen Teil des Sozialkörpers, und die Anwendung des Streiks zur Durchsetzung allgemeiner wirtschaftspolitischer oder politischer Forderungen würde eine Ausnutzung ihrer durch das Koalitionsrecht geschaffenen Machtposition bedeuten, die mit einem demokratischen Staatsaufbau nicht vereinbar ist und alle die benachteiligten muß, die sich nicht eines so starken Kampfmittels bedienen können. (h.)

Modus moriendi

Wenn die Verhältnisse unerträglich geworden sind, pflegt man sich auf einen Modus vivendi zu einigen. Der in Paris zwischen den Besatzungsmächten geschlossene Modus vivendi wird diesen vielleicht eine erträglichere Abwicklung ihrer Geschäfte ermöglichen — vielleicht, denn auch für sie ist der Modus nicht sehr lebensvoll. Für uns wird es aber nach allem bei dem Modus moriendi bleiben, in dem wir uns seit Jahren befinden.

Ja, wir leben in einem Modus moriendi, wenn auch teilweise ganz gut, wenn auch teilweise viel zu gut. Wir können alles haben, und möchten nicht daran denken, daß ein immer wachsender Teil unseres Volkes es durchaus nicht haben kann. Wir möchten glauben, daß alles gut wird und wissen doch nicht wie. Wir haben uns an einen offiziellen Optimismus gewöhnt, der aller Grundlagen entbehrt. Wir haben uns eingeredet, daß die Gefahr der Arbeitslosigkeit überwunden sei: Wir haben lesen können, daß unsere Exportbemühungen von Erfolg gekrönt seien. Wir haben uns suggeriert, daß die Preise stetig sinken und der Lebensstandard sich laufend erhöht. Wir werden glauben, daß die neue Kreditpolitik einen ungeahnten Wirtschaftsaufschwung bringen wird.

Wir haben weder das Flüchtlingsproblem gemeistert, wir haben das Wohnungsproblem kaum in Angriff genommen. Wir haben so gut wie nichts erreicht, um die lebensnotwendigsten Bedürfnisse eines großen Teiles unseres Volkes zu befriedigen. Wir stehen vor einer wachsenden Arbeitslosigkeit und haben, offen gesagt, nicht die geringste Aussicht, um uns von 1953 ab ohne auswärtige Hilfe selbst erhalten zu können. Wir dürfen nicht erwarten, daß andere für uns den Modus vivendi finden, nur wir selbst können zu einer Lösung dieses Problems gelangen. Dazu ist es aber nötig, daß wir die Augen nicht verschließen vor der Situation, in der wir uns befinden. Unsere Mittel und Kräfte sind sehr beschränkt. Und diesen beschränkten Mitteln entsprechend müssen wir uns unsere Lebenshaltung einrichten. Wenn wir alle von diesen bescheidenen Mitteln leben wollen, so müssen wir auf eine soziale Ausgeglichenheit hinwirken. Ob das allerdings durch einen Lastenausgleich erreicht werden kann, der nur dazu beitragen wird, Mittel der Kapitalbildung zusätzlich in den Verbrauch zu führen, bleibe dahingestellt.

Was not tut, ist eine klare Wirtschaftspolitik, die frei von aller parteipolitischen Dogmatik darauf hinsteuert, daß mit Hilfe unserer beschränkten Mittel eine erträgliche Versorgung — denn mehr können wir nicht erwarten — sichergestellt wird und daß durch eine weitgehende Enthaltensamkeit Kräfte frei werden, die einen Produktionsapparat aufbauen, der uns ganz nach und nach eine Besserung der Lebenshaltung ermöglicht. Eine Wirtschaftspolitik also, die unter Ausschaltung aller politischen und sozialen Spannungen einen Modus vivendi sucht. (sk.)

Entwicklungstendenzen im europäischen Sozialismus

Aus London

Der Begeisterung über die Nationalisierungen ist in England schnell eine Welle der Ernüchterung und Enttäuschung gefolgt, und zwar gerade bei denen, die sie als politischen Sieg gefeiert hatten. Der Konsument spürt nun am eigenen Leibe, daß unter den obwaltenden Umständen staats-eigene Unternehmungen densel-

ben Wirtschafts- und Wirtschaftlichkeitsgesetzen unterliegen wie solche in Privateigentum, und der Arbeiter vermißt einen gründlichen Wandel seiner Stellung im sozialisierten Betrieb. *Die neuen Direktoren, von denen manche mit Absicht aus Gewerkschaftskreisen gewählt waren, um dem Arbeiter das Gefühl zu geben, daß Männer seiner Wahl an der Spitze stehen,*

erscheinen ihm ebenso fremd und diktatorisch wie die früheren Besitzer.

Für die Gewerkschaften und ihre Vertreter in der Labour Party und Regierung ist das Problem sehr heikel, sind es doch größtenteils ihre Führer, die im Kreuzfeuer der Kritik stehen. Nicht mit Unrecht führen sie widrige äußere Umstände als er-